

# Neue Strasse: Es ist noch ein weiter Weg

**VERKEHR** Der Kanton hat die Streckenführung der geplanten Strasse in Oberwinterthur so angepasst, wie man sich dies bei der Stadt gewünscht hat. Bis zum Baustart vergeht aber wohl noch ein Jahrzehnt – falls das Megaprojekt zustande kommt.

Es ist eines der grössten Bauprojekte in Winterthur seit geraumer Zeit: Eine neue Strasse soll das grosse Entwicklungsgebiet in Oberwinterthur besser an die Autobahn anbinden. Die Stadtplaner haben das Gebiet «Neuhegi» genannt und zum zweiten Zentrum der künftig «bipolaren Stadt» Winterthur gekürt.

Im neuen Richtplanentwurf des Kantons steht nun im Wesentlichen das, was sich der Stadtrat gewünscht hat: Die Strasse soll in der teuren Variante mit einem Tunnel unter Hegi gebaut werden. Die Kosten trägt der Kanton.

Technisch gesehen handelt es sich um eine «Hauptverkehrs-

strasse». Diese soll von der Frauenfelderstrasse in Oberwinterthur zur Sulzerallee und weiter Richtung Ohrbühl führen, in Hegi weitgehend unterirdisch. Im Norden soll die Strasse östlich der Bahngeleise bis nach Wiesendangen geführt werden (siehe Karte). Unmittelbar nördlich der Stadtgrenze ist eine Brücke über die Eisenbahnlinie geplant.

Neu in den Richtplanentwurf aufgenommen wurden zwei Streckenvarianten. Die eine Variante sieht vor, dass im Norden die Abzweigung aus der Frauenfelderstrasse früher erfolgt und über Wiesendanger Gemeindegebiet verläuft. Der städtische Projekt-

leiter, Albert Gubler, spricht von einer «Rückfallvariante»: Wenn der Bau der Brücke über die Bahnlinie zu grossen Problemen führen sollte, müsste man die Gleise auf der Höhe der bestehenden Unterführung Rietstrasse unterqueren. Für die Projektierung und die Variantenwahl ausserhalb des Stadtgebiets sei der Kanton zuständig.

Im Süden gibt es eine Variante, der zufolge die Strasse im Osten etwas «ausholt», bevor sie in die Sulzerallee geführt wird – laut Gubler eine «rein technische Variante». Der Entscheid darüber hänge vom Grundwasser und der eingesetzten Bohrtechnik ab. Beide Varianten würden aber am gleichen Punkt anschliessen und unterirdisch verlaufen.

Die politischen Reaktionen auf den Richtplanentwurf fallen

mehrheitlich positiv aus. Der Gemeinderat von Wiesendangen hat jedoch wenig Freude am Variantenanschlag, der eine längere oberirdische Streckenführung über das eigene Gemeindegebiet vorsieht (siehe Text unten). Das Winterthurer Parlament hat der Strasse im April deutlich zugestimmt. Nur die Grünen stimmten geschlossen gegen die aus ihrer Sicht «unnötige» Strasse.

## Volk stimmt zweimal ab

Trotz des Eintrags im Richtplanentwurf ist offen, wann und ob die Strasse überhaupt gebaut wird. Der Weg ist noch weit: Nach dem Entscheid des Kantonsrats über den Richtplan, vermutlich erst in einem Jahr, startet die Projektierung des Bauvorhabens. Obwohl die Stadt nicht bezahlen muss, kann der Gemeinderat und die

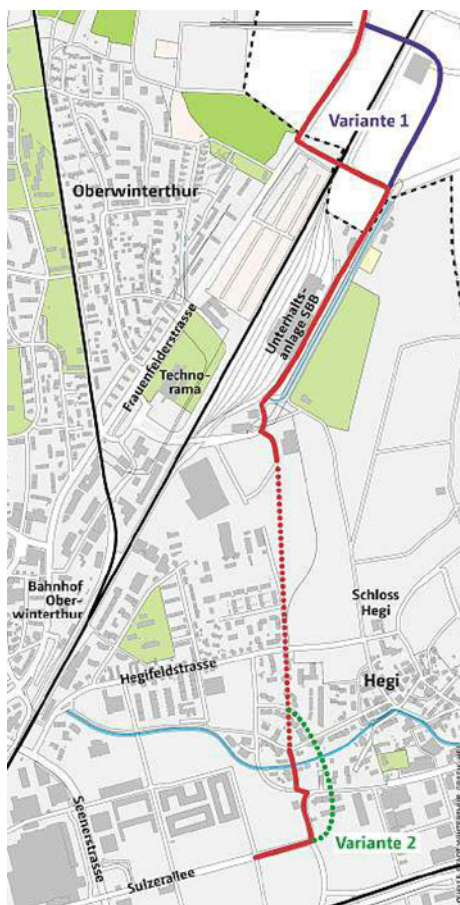
Bevölkerung über den Projektkredit abstimmen. Auch der Kanton muss diesen Kredit beschliessen. Sobald dann ein Projekt vorliegt, können dagegen die ordentlichen Rechtsmittel ergriffen werden. Darauf muss das Projekt durch den Kanton festgesetzt werden und es erfolgt ein Antrag auf den Baukredit. Diesem Kredit müssen wiederum der Gemeinderat sowie das Stimmvolk zustimmen und der Kantonsrat muss für den ausserhalb der Stadt gelegenen Teil der Strasse den Segen geben. «Im Idealfall», sagt Projektleiter Gubler, «erfolgt der Spatenstich in acht bis zehn Jahren.» Dann sei mit einer Bauzeit von zwei bis drei Jahren zu rechnen.

Die Strasse wird also etwa im Jahr 2025 eröffnet – im günstigsten Fall. Schon viele Jahre dauern die Diskussionen darüber an. Ur-

sprünglich sah der Stadtrat eine rein oberirdische Streckenführung vor. Doch dagegen liefen die Anwohner in Hegi Sturm. Vor zwei Jahren gab der Stadtrat nach und leitete ein «kooperatives Planungsverfahren» ein, an dessen Ende die alte Planung zugunsten von mehreren Streckenvarianten mit Tunneln gekippt wurde.

## Der Kanton trägt die Kosten

Die neue Strasse soll 160 bis 180 Millionen Franken kosten. Die geplante Busbrücke beim Bahnhof Grütze, ebenfalls Teil des Erschliessungsprojekts «Neuhegi», ist mit 40 bis 50 Millionen veranschlagt. Die Finanzierung sei bei beiden Projekten gesichert, heisst es, weil für Staatsstrassen nicht die Stadt aufkommen muss, sondern der Strassenfonds des Kantons. *Christian Gurtner*



Ganz nahe am Schloss Hegi vorbei soll die grosse Strasse führen, jedoch unterirdisch. Der Kanton hat die entsprechende Streckenführung von der Stadt mit zwei leicht abweichenden Nebenvarianten übernommen.

Heinz Diener

## Mit Gunst der Gemeinden

**VERKEHR** Auch im regionalen Richtplan ist die Erschliessungsstrasse einen Schritt weiter. Die Vertreter der Gemeindebehörden bekräftigen die Pläne.

Die Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU) bestätigt die Pläne für die neue Strasse. Am Mittwochabend haben die 40 anwesenden RWU-Delegierten an ihrer jährlichen Versammlung im Winterthurer Gemeinderatssaal die Teilrevision des regionalen Richtplans abgenickt. Der Richtplan folgt den Vorgaben des kantonalen Richtplans und geht näher auf die Bedürfnisse der Region ein.

Zur Zentrumserschliessung Neuhegi waren vier Einwendun-

gen mit fünf Anträgen eingegangen. Beantragt wurde unter anderem, dass die RWU auf ihren Antrag verzichtet, die Erschliessung in den kantonalen Richtplan aufzunehmen.

### Verzichtbare Strasse?

Argumentiert wurde damit, dass der Bau neuer Strassen verzichtbar sei, wenn alle Optimierungspotenziale ausgenützt und die Infrastrukturen für den öffentlichen und den Langsamverkehr ausgenützt würden.

Der RWU-Vorstand hielt an seinem Anliegen fest. Die neue Linienführung ersetze die im kantonalen Verkehrsplan festgelegte, geplante Staatsstrasse und sei ein bedeutendes Element zur ausgewogenen Erschliessung Oberwin-

terthurs. «Würde auf diese Erschliessung verzichtet, bestünde die Gefahr, dass der öffentliche Verkehr auf den heute überlasteten Abschnitten noch stärker behindert würde», schreibt der Vorstand in seiner Begründung.

Für die Delegiertenversammlung war das Grund genug, die Teilrevision nach Version des Vorstands zu beschliessen. Der teilrevidierte regionale Richtplan geht nun an den Zürcher Regierungsrat. Beschliesst dieser die Festsetzung, ist der Richtplan verbindlich. Der RWU gehören 22 Gemeinden sowie die Städte Winterthur und Illnau-Effretikon an. Als RWU-Präsident ist am Mittwochabend Martin Lüdin, Gemeindepräsident in Zell, wiedergewählt worden. *jig*

## «Reitanlage ist bedroht»

**WIESENDANGEN** Der Gemeinderat lehnt eine der möglichen Varianten ab. Sie würde das Naherholungsgebiet beeinträchtigen und drei Betriebe gefährden.

Wiesendangen ist als Nachbargemeinde von Winterthur direkt von der neuen Erschliessungsstrasse betroffen. Der Gemeinderat befürwortet die vorgeschlagene Hauptvariante mit einer grossen Brücke über die Bahnlinie (siehe Text oben). Zugleich fordert er, dass als Rückfallvariante die schon bestehende Brücke beim Technorama als Alternative zu bezeichnen sei. Diese Streckenführung würde seiner Ansicht nach das Naherholungsgebiet an der Gemeindegrenze von

Wiesendangen und Winterthur schonen und bereits bestehende Strassen und Brücken nutzen, was die Kosten senken würde.

Die neu aufgenommene Variante, der zufolge die Bahnlinie weiter im Norden unterquert wird, lehnt der Gemeinderat ab. «Bis zum Technorama wird ohnehin nichts erschlossen», sagt Gemeindepräsident Kurt Roth (FDP). Dafür sei das Naherholungsgebiet entlang der Bahndammstrasse gefährdet. Die Linienführung sieht vier 90-Grad-Kurven vor, was nach Roth nicht realistisch ist. Er befürchtet, dass die Strasse später begradigt wird und dies zu einem massiven Verbrauch an Kulturland führen würde. Insbesondere die Firmen Benno Erni GmbH (Holz-

verarbeitung) und Vitogaz (Gasbetrieb) wären laut dem Gemeindepräsidenten stark in ihrer Entwicklung eingeschränkt. Und die Reitsportanlage Fäh wäre gar in ihrer Existenz bedroht. «Man kann doch nicht eine stark befahrene Strasse an Sportpferden vorbeiführen», sagt Roth. «Aber auch der Fussballplatz und die vielen Spazierwege wären von der Strasse beeinträchtigt.»

### Augenmass gefordert

Der Dorfkern selber würde von beiden Varianten nicht tangiert. Der Wiesendanger Gemeinderat fordert aber, dass alle Verantwortlichen besonderes Augenmass beweisen, was die Erholungsgebiete und die Kulturlandnutzung angeht. *clp*